

BARSCHHEL

Jack Daniels und die Staatsanwälte

Die Lübecker Barschel-Ermittler haben sich gegen ihren Generalstaatsanwalt durchgesetzt: Sie dürfen ihrer Mordthese weiter nachgehen – womöglich noch jahrelang. Dubiose Spuren und bizarre Zeugen gibt es genug.



Ministerpräsident Barschel (1987, in seinem Privathaus): Spuren von Australien über Schweizer Berghütten bis Lateinamerika

Die Abgeordneten in Saal 139 des Kieler Landeshauses lauschten andächtig wie selten. Justizminister Gerd Walter gab ihnen einen tiefen Einblick in die größte politische Kriminalaffäre der deutschen Nachkriegsgeschichte – den Fall Barschel.

Detailreich schilderte der sozialdemokratische Ressortchef die Spuren, Mythen und Verschwörungstheorien, die sich, fast zehn Jahre nach dessen Tod, um Uwe Barschels Ende ranken. Der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein war am 11. Oktober 1987 tot in der Badewanne des Genfer Hotels Beau-Rivage gefunden worden. Ergebnis der Schweizer Behörden: Selbstmord durch Medikamente.

Zweifler, die an Suizid nicht glauben wollten, gab es von Anfang an. Und seit Ende 1994 geht die Lübecker Staatsanwaltschaft mit einer eigenen „Ermittlungsgruppe (EG) Genf“ dem Verdacht nach, Barschel sei ermordet worden.

Das, so stellte Walter am Freitag vergangener Woche klar, darf sie auch wei-

terhin tun – wenn nötig jahrelang. Ein Fall, der wie kein zweiter in der deutschen Politik die Gemüter erregt hat, gilt damit weiterhin als ungeklärt. Niemand kann sagen, wann die Akte mit der alten Signatur 705 Js 33247/87 geschlossen wird.

Aus dem Gespinnst der teils bizarren Mordtheorien ist zwar noch immer keine erfolgversprechende Spur aufgetaucht, wie der oberste Dienstherr der Justizfahnder einräumte: „Ein Täter beziehungsweise ein Motiv“ sei für ihn bisher nicht erkennbar. Dennoch, sagte Walter, sehe er „einen gewissen weiteren Ermittlungsbedarf“.

Daß die Barschel-Affäre im Innen- und Rechtsausschuß des Kieler Landtags noch einmal auf die Tagesordnung kam, liegt am Streit zweier Männer, die sich gut und lange kennen: Heribert Ostendorf, Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, und Heinrich Wille, Leiter der Lübecker Staatsanwaltschaft. Seite an Seite saßen Wille und Ostendorf, beide 51, jahrelang in sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften und brüteten über Justizreformen für eine bessere Welt.

Das ist vorbei. Gern lassen die beiden einstigen Weggefährten in vertrauter Runde durchblicken, was sie voneinander halten. Wille über Ostendorf: „Der General hat doch null praktische Erfahrung.“ Ostendorf über Wille: „Der Mann ist ein Verschwörungstheoretiker.“

Ende Januar wollte Ostendorf dem Lübecker Behördenchef den Fall Barschel wegnehmen. Wille, verfügte er in Absprache mit Justizstaatssekretär Wulf Jöhnk, sollte seine Lieblingsakte zuklappen.

Doch Minister Walter fiel seinem Chefankläger in den Rücken – zu groß war die Angst vor dem Verdacht, im Fall Barschel werde etwas vertuscht.

Walter bastelte an einer Kompromißformel, die Ostendorf helfen soll, sein Gesicht zu wahren. Jetzt lautet die gemeinsame Sprachregelung: „Bis zum Ende des Sommers“ soll Wille die offenen Fragen klären. Tauchen dabei „neue gerichtswertbare Erkenntnisse“ auf, darf er weiter recherchieren.

Als „personelle Verstärkung“ ordnet Walter einen seiner erfahrensten Referen-

ten, Otto Gosch, nach Lübeck ab. Der von Wille und Ostendorf geschätzte Fahnder soll das Verfahren vorantreiben.

Die Spuren der EG Genf führen inzwischen rund um den Globus, von Australien über Schweizer Berghütten bis Lateinamerika. Als Mitwisser oder potentielle Barschel-Mörder tauchen wahlweise die Stasi oder die CIA, der Mossad oder das KGB, iranische Waffenhändler oder nordkoreanische Diplomaten auf. Aus Angst, selbst Opfer dunkler Mächte zu werden, tragen manche der Lübecker Justizfahnder inzwischen eine Waffe am Körper.

Die meisten Theorien, wer warum Barschels Leben ausgelöscht haben könnte, klangen auch in den Ohren der Kieler Landtagsabgeordneten ziemlich abstrus. Eine Spur aber, sagt FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki, habe die Parlamentarier „elektrisiert“.

Im Mittelpunkt stehen ein Mann namens Josef Messerer und ein Fläschchen Whiskey der Marke „Jack Daniel's“.

Mitarbeiter der Spurensicherung hatten das fast völlig geleerte Whiskeyfläschchen nahe Barschels Badewanne im Abfalleimer gefunden. Es stammte aus der Minibar des Hotelzimmers.

Als Spezialisten in Genf die 0,5 Milliliter umfassende Neige aus dem Gefäß untersuchten, war das Ergebnis überraschend: Die Flüssigkeit enthielt lediglich 0,035 Prozent Alkohol – einen Bruchteil dessen, was einen ordentlichen Drink ausmacht.

Erst die Gerichtsmediziner in Lübeck entdeckten freilich, daß Barschels Whiskey nicht einfach nur mit Wasser verdünnt wurde. Vielmehr fanden sie Spuren von Diphenhydramin in dem winzigen Flüssigkeitsrest. Das ist einer der Wirkstoffe des Medikamentencocktails, der Uwe Barschels Leben beendete.

In dem Mordszenario des Zeugen Messerer, eines ehemaligen Waffenhändlers, spielt das Whiskeyfläschchen eine entscheidende Rolle.

Den Lübeckern sagte Messerer, die Täter hätten mit Barschel im Zimmer Rotwein getrunken und ihm hochkonzentrierte Medikamente ins Glas gegeben. Der Politiker, an Tabletten gewöhnt, habe jedoch keine Reaktion gezeigt. Daher, heißt es in einem Fahndervermerk über Messerers Erzählungen, „wurde eine zweite Medikamentenverabreichung durchgeführt, diesmal in die kleine Whiskeyflasche aus der Minibar“.

Die Dosis habe Barschel in einen Dämmerzustand „kurz vor der Bewußtlosigkeit“ versetzt. So, mit einer tödlichen Medikamentenmischung im Leib, hätten die Mörder ihr Opfer in die Badewanne gelegt und kaltes Wasser eingelassen.

Beeindruckt sind die Lübecker Ermittler und die Kieler Abgeordneten vor allem von einem Umstand: Messerer erzählte die Geschichte von Rotwein und Whiskey am 26. April 1995, „obwohl zu jenem Zeitpunkt noch gar nicht entdeckt war, daß in der Whiskeyflasche tatsächlich Spuren des Medikaments Diphenhydramin enthalten waren“ (Wille-Bericht).

Willes Gegenspieler Ostendorf findet für den Medikamentenrest im Whiskey lediglich eine Erklärung, die den Kieler Abgeordneten, so FDP-Mann Kubicki, „Gelächter und Kopfschütteln“ entlockte.

Laut Ostendorf trank Barschel den Whiskey wohl zunächst aus. Später habe er „den noch in seinem Mund befindlichen Wirkstoff Diphenhydramin oder Reste davon mit in das Fläschchen nachgefülltem Wasser“ hinuntergespült – und dann offenbar einen letzten winzigen Schluck wieder zurückgespuckt.

Ob Messerer wirklich etwas weiß oder nur ein begabter Fabulierer ist, läßt sich schwer beurteilen. Die weiteren Details seiner Geschichte sind abenteuerlich – und völlig unbewiesen. Der Terminkalender des Zeugen weist laut einer Fotokopie für den 9. Oktober 1987 den Eintrag auf: „Zürich, Genf, Prof. Chong Li, Rafi-Dust, Mohajedi, Ahmed Chomeini, Barschel“. Bei einer Vernehmung erklärte Messerer, er habe tatsächlich die genannten Personen getroffen – mit Ausnahme Barschels.

Dennoch behauptete der Mann, er wisse eine ganze Menge über dunkle Ge-

Höhepunkt der Messerer-Story: Ein Iraner habe das Tatgeschehen mit einer Super-8-Kamera festgehalten. Eine der sechs Kopien des Schmalfilms will der Zeuge selbst als „Lebensversicherung“ irgendwo im Ausland gebunkert haben. Exemplare lägen aber auch Bundeskanzleramt und Bundesnachrichtendienst vor.

Weitere Aufklärung der iranisch-koreanischen Killerspür verspricht sich Wille unter anderem von einer Vernehmung des früheren iranischen Staatspräsidenten Abol Hassan Banisadr, der seit Anfang der achtziger Jahre im Pariser Exil lebt.

Banisadr lieferte den Lübeckern in einem Zeitungsinterview die Vorlage: Als die USA im Zuge der sogenannten Iran-Contra-Affäre Waffen in den Golfstaat lieferten, hätten auch deutsche Firmen dunkle Geschäfte gemacht. „Der Fall Barschel spielt hinein“, orakelte Banisadr im September vergangenen Jahres. Beweise freilich, sagte Banisadr bedauernd, habe er nicht.

Noch zahlreichen anderen Spuren wollen die Lübecker nachgehen: Der amerikanische Ex-Oberstleutnant Oliver North, Hauptakteur der Iran-Contra-Affäre, steht ebenso auf ihrer Zeugenliste wie der in Kolumbien einsitzende Privatagent Werner Mauss. Zudem sollen die zerstrittenen medizinischen Gutachter in Klausur gehen.

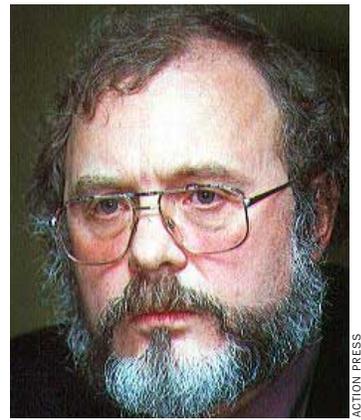
Für Ostendorf sind solche Pläne die unnötige „Aufblähung“ eines ohnehin angeschwollenen Vorgangs. Willes Fahndungskonzepte kommentiert er mit Voka-



Wille



Walter



Ostendorf

Barschel-Aufklärer: „Gelächter und Kopfschütteln im Landtag“

schäfte des Toten. So habe Barschel in seiner Amtszeit Waffendeals mit Nordkorea und Iran gefingert.

In einem Vermerk vom April 1995 referieren die Lübecker Ermittler: „Da der Iran für Barschel bei Waffengeschäften der Hauptgeschäftspartner war, wandte sich Barschel nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident an die Iraner und forderte zehn Millionen US-Dollar, andernfalls würde er sein Wissen preisgeben.“ Statt der Iraner hätten schließlich Nordkoreaner das Geld bereitgestellt, das Treffen in Genf arrangiert – und Barschel ermordet.

beln wie „keinerlei Erkenntnisgewinn“, „strafprozessual unzulässig“, „ohne jede Bedeutung“, „geradezu abenteuerlich“.

Ebenfalls mit Sorge sieht inzwischen die Kieler CDU den anschwellenden Barschel-Komplex – wenn auch aus anderen Gründen als der Generalstaatsanwalt. Die Christdemokraten fürchten um den letzten Rest von Ansehen, den ihr einstiger Spitzenmann noch hat. „Die Ermittlungsansätze der Lübecker Fahnder“, moniert ein Mitglied der Kieler CDU-Spitze, seien „verengt auf Spuren, die Barschel als Verbrecher erscheinen lassen“.